

Mit offenen Karten

Die Bewegung der Mapper zeichnet Landkarten für alle. Seite 2



Heraus zum Arbeiterkampftag

Wie internationalistisch und kämpferisch ist der DGB? Nicht sehr. Seiten 7 und 16

Grafik: fotolia/Oakozhan



Charité geht voran

Beschäftigte der Berliner Uniklinik erkämpfen einen Tarifvertrag für mehr Personal, der bundesweit Vorbild für Krankenhäuser sein dürfte. Seite 9

Foto: dpa/Paul Zinken

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 29. April 2016

71. Jahrgang/Nr. 100

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Original und Fälschung

Velten Schäfer über Andrea Nahles' Plagiat des AfD-Programms

Dass die Bundesregierung plant, in Deutschland lebende EU-Bürger für eine gewisse Zeit vom Bezug von »Hartz IV« oder Sozialhilfe auszuschließen, ist seit Dezember bekannt. Offen war bisher, wie lange diese in die Sozialsysteme einzahlen sollen, um Zugang zu den Leistungen zu bekommen. Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) hatte seinerzeit eine Frist von einem Jahr ins Gespräch gebracht. Insofern überrascht es nun schon ein wenig, dass die sozialdemokratische Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles gleich noch vier Jahre draufpackt.

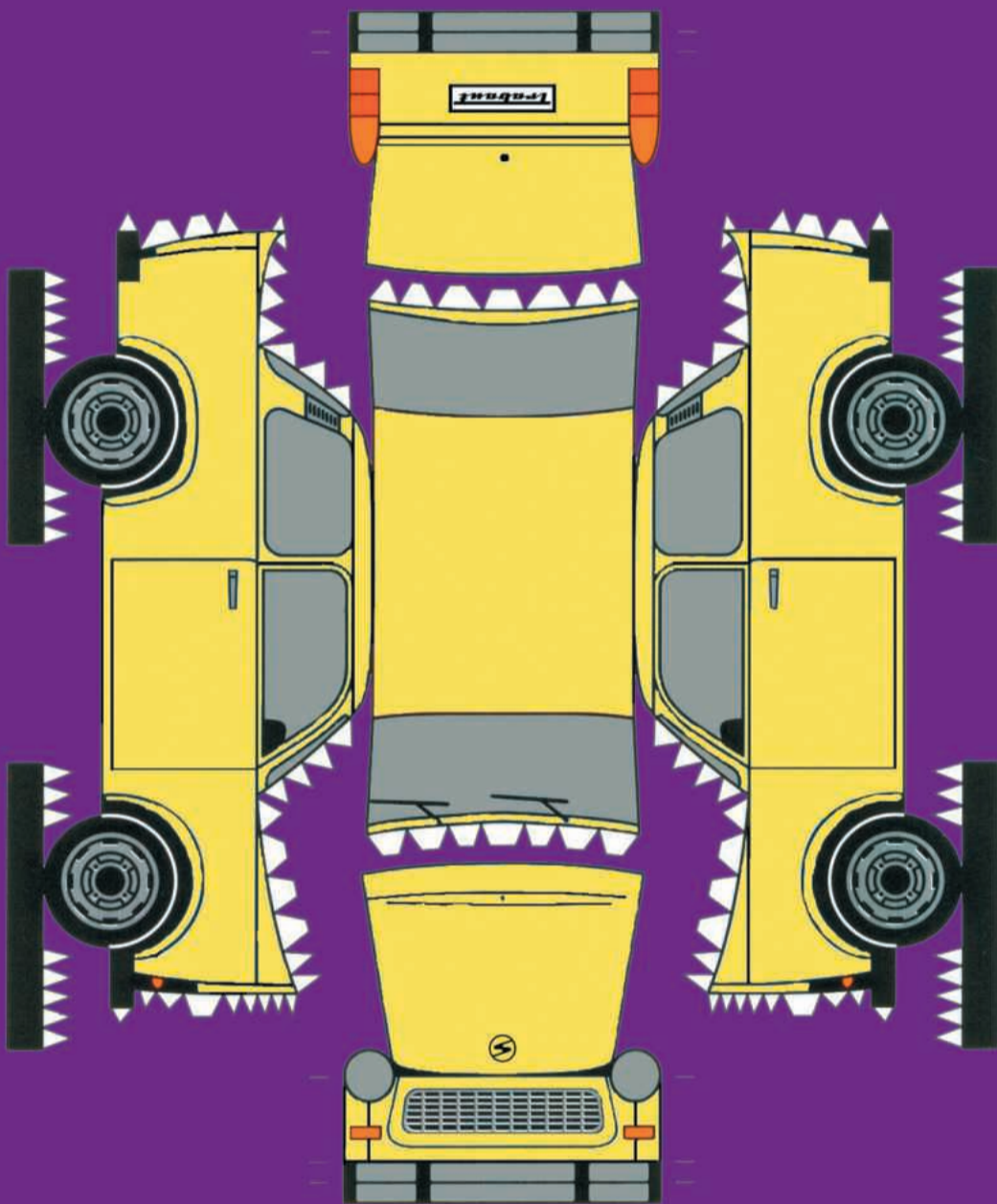
Für diese Fünfjahresfrist gibt es sachlich keine Begründung. Denn diese Sozialleistungen sind ja – im Gegensatz etwa zum Arbeitslosengeld I – als beitragsunabhängig konzipiert. Warum also gerade fünf Jahre und nicht drei oder sieben?

Wer auch nur ein bisschen nachforscht in der jüngeren bundesrepublikanischen Parteiprogrammatik, stößt rasch auf die Zahl Fünf: Sie steht im AfD-Programm – in gerade diesem Zusammenhang. Fast wörtlich ist dort festgehalten, was die SPD-Ministerin nun ankündigt.

Für die EU ist Nahles' in den östlichen Mitgliedstaaten überaus unpopuläre Offensive ein weiteres Signal der Desintegration. Und der SPD auf ihrem Weg in Richtung 15 Prozent wird die unverhohlene Anleihe beim rechten Populismus auch nicht helfen. Wer immer noch nicht glaubt, dass ein solches Nacheilen dem Original mehr hilft als der Fälschung, schaue in diesen Tagen nur auf Österreich.

Abgas ohne Skandal

Vor 25 Jahren lief der letzte Trabant vom Band. Der Zweitakter ist beliebter denn je



Berlin. In einen Abgas-Skandal waren die VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau nie verwickelt. Dass die Rennpappe aus dem Osten kein Ökogefahr ist, ließ sich ohnehin nicht verbergen. Für das Ende der Produktion des Zweitaktlers vor 25 Jahren spielten Emissionen aber keine Rolle: Das Gefährt schien technisch, ästhetisch und auch sonst überholt. Am 30. April 1991 war Schluss in Zwickau; eine Ära endete in Wehmut und Tränen.

Heute wird in Zwickau unter anderem der Golf produziert, eines der Modelle, die in den weltumspannenden Betrug mit gefälschten Abgaswerten verwickelt sind. Der Konzern, der sich per krimineller Masche um profitmindernde Umweltauflagen drückte, gibt sich nun reumütig und ruft Millionen Autos zurück. Am Donnerstag wurde die Bilanz vorgestellt, die Firmenspitze redete von schwierigen Zeiten – und behauptete, dennoch zu ihrer »sozialen Verantwortung« zu stehen.

Doch die Beschäftigten haben keinen Grund, beruhigt zu sein: Tausende Jobs könnten wegfallen, hunderten Leiharbeitern hat man schon die Perspektive genommen. Der Abgasbetrug kostet VW Milliarden und die Branche steht ohnehin vor einem gravierenden Umbau.

Derweil erlebt der Trabant eine Renaissance, man könnte sagen, die Liebhaber des Autos starten ihrerseits eine Art Rückruf: Die Nachfrage steigt, Anhänger finden sich weltweit, eine ganze Kultur hat sich um die »Pappen« gebildet. Wer da mitmacht, kann freilich nicht auf Millionen-Boni hoffen wie die VW-Manager. Aber beim Trabant werden ja auch nicht die Abgaswerte gefälscht. tos

Seiten 3 und 17

Grafik: Trabant Team Freital e.V.

UNTEN LINKS

Wer sich wundert, die Bundeskanzlerin in letzter Zeit so oft im gelben Wams zu sehen, der weiß seit einigen Tagen auch, warum. Es handelt sich um einen farblich ausgedrückten Willkommensgruß von Königin zu Königin. Gleich in der Nachbarschaft zum Bundeskanzleramt haben sich im Hof des Paul-Löbe-Hauses 50 000 Nektarschlürferinnen vom Stamme der Apis mellifera einquartiert. Die Bienen sind ihrer Königin auf Staatsbesuch einfach hinterhergemacht. Man kennt das. Eine wird eingeladen und 50 000 kommen. Die Kanzlerin ist nun um Schadensbegrenzung bemüht, indem sie so tut, als wäre sie selbst eine fleißige, demokratische, staatenbildende Honigproduzentin, die am liebsten ihren selbst gebackenen Bienenstich isst und ein Riesenvolk hinter sich versammelt, das den Platz auf dem Hof für seine eigenen Waben braucht. Mal sehen, ob die Zugereisten das kapieren und den Rückflug antreten. Die Königin könnte noch ein bisschen bleiben. Bis sie der Kanzlerin das Fliegen beigebracht hat. ott

Nahles macht EU wieder zum Ausland

Arbeitsministerin will Sozialhilfe für hier lebende EU-Bürger erst nach fünf Jahren Aufenthalt gewähren

Weil das Bundessozialgericht jüngst urteilte, dass in Deutschland auch EU-Bürger ein Anrecht auf Sozialhilfe haben, will die Bundesregierung eine radikale Gesetzesänderung.

Von Velten Schäfer

Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) hat ein Gesetz vorgelegt, demzufolge in Deutschland lebende EU-Bürger erst dann einen Anspruch auf Sozialhilfe erwerben, wenn sie zuvor fünf Jahre in der Bundesrepublik gelebt haben, ohne Leistungen bezogen zu haben.

Für EU-Bürger, die von diesem Ausschluss betroffen sind, sehe der Gesetzentwurf nur Überbrückungsleistungen vor: Höchstens für vier Wochen Beihilfe zum Bedarf für Essen, Unterkunft und Körper- wie Gesundheitspflege. Sie erhielten dann ein Darlehen für die Rückreisekosten.

Mit dem Gesetz, das nun zunächst in die Ressortabstimmung gehen soll, reagiere man auf ein Urteil des Bundessozialgerichts aus dem Winter, hieß es. Die Richter hatten befunden, dass EU-Ausländer, die noch nie in

Deutschland gearbeitet haben, zwar vom Bezug des Arbeitslosengeldes II ausgeschlossen werden könnten. Allerdings stehe ihnen dann spätestens nach Ablauf von sechs Monaten in der Regel Sozialhilfe zu. Dies gebiete das Grundrecht auf Sicherung des Existenzminimums, das vom Bundesverfassungsgericht immer wieder unterstrichen wird.

Da für Sozialhilfe die Kommunen aufkommen, hatte der Städte- und Gemeindebund seinerzeit Alarm geschlagen: Das Urteil mache 130 000 Menschen zusätzlich leistungsberechtigt, für die Kommunen seien Mehrkosten von 800 Millionen Euro zu erwarten, so damals dessen Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg. Es drohe die »Einwanderung in das Sozialsystem«.

Thomas Händel, Europa-Abgeordneter der LINKEN, bezweifelt dies. Den »angeblichen Sozialbetrag durch EU-Ausländer« bestätige »keine einzige Statistik«. Mehrbelastungen der Kommunen seien real zu »vernachlässigen«. EU-weit nutzten drei Prozent der Arbeitnehmer die Personenfreizügigkeit, davon seien 90 Prozent in Beschäftigung,

Deutschland habe in den vergangenen Jahrzehnten »so manche Ökonomie in Europa in die Knie« gezwungen und wolle sich nun »aus der Verantwortung stehlen bei den Wenigen, die die Versprechen der EU auf soziale Gerechtigkeit und Freizügigkeit in Anspruch nehmen«. Nahles spiele »rechten Hetzern in die Hände«.

Der Vorschlag ähnelt dem bisherigen Programm der rechten AfD. Dort heißt es, »dass beitragsunabhängige Sozialleistungen wie (...) ALG II grundsätzlich nur dann an EU-Bürger ausbezahlt werden, wenn sie (...) mindestens fünf Jahre einer sozialversicherungspflichtigen bzw.

selbstständigen Beschäftigung in Deutschland nachgegangen sind«. EU-Parlamentarier Thomas Händel fühlt sich zudem an die Politik des britischen Regierungschefs David Cameron erinnert, der sich jüngst ausbedungen hat, dass Großbritannien für dort arbeitende EU-Bürger bestimmte Leistungen wie den Zugang zu Sozialwohnungen vier Jahre lang aussetzen kann.

Auch die Bundestagsopposition kritisierte die Pläne scharf. Die Ministerin entledige sich sozialdemokratischer Prinzipien, so der Fraktionsvize der Linksfraktion, Jan Korte gegenüber dem epd. Es müssten europäische Lösungen gefunden werden, statt sich national abzuschotten.

Der sozialpolitische Sprecher der Grünen, Wolfgang Strengmann-Kuhn, sagte dem epd, das Gesetz sei verfassungsrechtlich problematisch: Es verstoße gegen das Grundrecht auf Existenzsicherung. Zudem müssten, wenn Menschen ganz ohne Grundversicherung hier lebten, am Ende wieder die Kommunen hinhalten. Nötig sei ein Anspruch auf Grundversicherung für Arbeitsuchende nach drei Monaten.

Lesen Sie morgen im wochen-nd

1. Mai in Andalusien, Paris, Athen & Istanbul
Wie belebt die Linke den »dritten Pol«?
Das Was und das Wie: Dutschke & Lukács

Kahanes Klartext

Stiftung: AfD ist rassistische Partei

Berlin. Die Amadeu Antonio Stiftung geht davon aus, dass die Rechtsaußen-Partei AfD mittelfristig nicht von der politischen Bühne verschwinden wird. »Wir haben ein Problem mit parteigewordenem Rechtspopulismus«, erklärt die Vorsitzende der Stiftung, Anetta Kahane. Die vergangenen Jahre hätten gezeigt, dass weite Teile der Gesellschaft wenig konfliktfähig im Umgang mit der Rechten seien. Statt einer klaren inhaltlichen Auseinandersetzung mit den »Feinden der Demokratie« wurde zu lange herumgedrückt, verdrängt, verleugnet und gleichzeitig beschönigt und verharmlost, so Kahane im Vorwort zu einer am Donnerstag neu veröffentlichten Broschüre mit dem Titel »Nachfragen, Klarstellen, Grenzen setzen – Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD«. Worum es sich bei der AfD handelt, ist für Kahane und ihre Mitstreiter klar: »Ihrer Politik nach ist sie eine Partei, die rassistische und menschenfeindliche Ressentiments bedient und dazu beiträgt, Hetze und Abwertung von Menschen zu normalisieren.« Die AfD kommt am Wochenende zu einem Parteitag in Stuttgart zusammen. nd

Seite 6

Flüchtlings Freund

Kritik an ausländischen Aktivisten

Chios. Griechische Politiker und Medien haben ausländischen Helfern abermals vorgeworfen, mit gezielten Falschinformationen für Chaos unter Geflüchteten gesorgt zu haben. Diesmal kam es auf der Ägäis-Insel Chios zum Aufruhr, als 200 Flüchtlinge per Boot auf die nahe gelegene griechische Insel Leros umgesiedelt werden sollten. Wie der Radiosender Athina 984 berichtet, wurden zwei von sieben ausländischen Aktivisten festgenommen. Ihre Nationalität ist bisher nicht bekannt. Als die Asylsuchenden sich bereits auf einem Boot befanden, hätten ihnen die Aktivisten vom Hafen aus zugerufen, sie würden in die Türkei gebracht und sollten schnell von Bord gehen. Daraufhin brachen die Menschen das Tor der Reling auf und rannten davon, heißt es in dem Bericht. Letztlich hätten nur 39 Flüchtlinge Leros erreicht. dpa/nd

Seiten 4 und 5

ANZEIGE

nd mittendrin am 1. Mai

ZEIT FÜR MEHR SOLIDARITÄT

Kundgebungen • Demos • Feiern u.a. in:

Berlin-Kreuzberg • 12 Uhr

MyFest • Rondell Mariannenplatz

Berlin-Köpenick • 13 Uhr

1. Mai-Feier • Schlossplatz Köpenick

Frankfurt/Oder • 10 Uhr

Brückenfest • Oderbrücke

Hamburg • 12 Uhr

DGB-Kundgebung • Museum der Arbeit Barnbeck

Bremen • 12 Uhr

DGB-Kundgebung • Domshof

Leipzig • 11 Uhr

Maikundgebung des DGB, Markt

Rostock • 10 Uhr

Familienfest auf dem Kastanienplatz

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd

ISSN 0323-3375



4 198662 501709